

TÄTIGKEITSBERICHT DES VORSTANDES FÜR DAS JAHR 2014



BUNDESWEITE ARBEITSGEMEINSCHAFT DER PSYCHOSOZIALEN ZENTREN FÜR FLÜCHTLINGE UND FOLTEROPFER, BAFF E.V.

VORSTAND

ELISE BITTENBINDER	VORSTANDSVORSITZENDE
HEINZ-JOCHEN ZENKER	STELLV. VORSTANDSVORSITZENDER
ANNI KAMMERLANDER	SCHATZMEISTERIN
ANDREA AHRNDT	BEISITZ
BARBARA WOLFF	BEISITZ
ANNE TAHIROVIC	BEISITZ
TOBIAS DREHSEN	BEISITZ

MITARBEITERINNEN

ANNETTE KIESER	FINANZEN UND PROJEKTKOORDINATION
JENNY BARON	WISSENSCHAFTLICHE MITARBEITERIN
SENTA EBINGER	WISSENSCHAFTLICHE MITARBEITERIN
SILVIA SCHRIEFERS	PROJEKTLEITUNG
HEIKE RÖGER	BUCHHALTUNG

Vielen Dank an:

PAULA PERTHEN	PRAKTIKANTIN
ANNA-LENA ZEISNER	PRAKTIKANTIN



TÄTIGKEITSBERICHT DES VORSTANDES FÜR DAS JAHR 2014

BUNDESWEITE ARBEITSGEMEINSCHAFT DER PSYCHOSOZIALEN ZENTREN FÜR FLÜCHTLINGE UND FOLTEROPFER (BAFF) E.V.

Die Eskalation bewaffneter Konflikte und kriegereischer Auseinandersetzungen, des Handels mit Menschen, der Konflikte um Rohstoffe und Land in immer mehr Teilen der Welt lassen die Flüchtlingszahlen in Europa weiterhin ansteigen. Damit ist auch die Verantwortung und die Solidarität der Europäischen Union - insbesondere auch ihres wirtschaftsstärksten Mitglied Deutschland – ihre Pflicht zur Wahrung der Menschenrechte weiterhin und zunehmend gefragt.

Während aber die Menschenrechtssituation in den Herkunftsländern unserer KlientInnen sich 2014 massiv zuspitzt hat, will die Bundesregierung das Asylrecht verschärfen, erklärt die Westbalkanstaaten zu sicheren Herkunftsländern und legt einen Gesetzesentwurf zur Novellierung des Asylbewerberleistungsgesetzes vor, der klar verfassungs- und europarechtswidrig ist. Die politisch Verantwortlichen wollen offenbar weiterhin an den verfassungswidrigen Einschränkungen, insbesondere der gesundheitlichen und psychosozialen Versorgung festhalten. Trotz der dramatischen Konsequenzen, die sich im letzten Jahr bis hin zu den Todesfällen im sächsischen Plauen, in Hannover und im bayrischen Neuburg gezeigt haben, weist auch der nun vorliegende Entwurf zur Neufassung des diskriminierenden Gesetzes rein migrationspolitische Beschränkungen z.B. im Zugang zur Gesundheitsversorgung auf.

Zugleich steigen die KlientInnenzahlen in den Psychosozialen Zentren stetig an, der Druck hat sich im letzten Jahr enorm erhöht. Die Aufnahmekapazitäten der Einrichtungen reichen bei weitem nicht aus, um der großen Zahl Hilfe suchender Flüchtlinge die Behandlung zu gewähren, die sie brauchen.

Dennoch zeichnen sich im öffentlichen Diskurs deutliche Veränderungen ab: Die Anfragen nach Interviews, Stellungnahmen und Hintergrundinformationen zu psychischen Belastungen bei Geflüchteten waren noch nie so hoch wie heute. Zumindest medial hat sich damit ein Zeitfenster aufgetan, das sehr offen ist für die Bedürfnisse traumatisierter Flüchtlinge. Und auch in Fachkreisen, die bislang schwer erreichbar waren, ist eine deutliche Empörung über die Diskriminierung dieser besonders schutzbedürftigen Personengruppe spürbar - das Interesse an unserer Arbeit an der Schnittstelle zwischen Menschenrechtsbewegung und Gesundheitsversorgung und die Bereitschaft zur Kooperationen ist bei vielen AkteurlInnen deutlich gestiegen.

Diese (fach)öffentliche Aufmerksamkeit hat die BAfF im letzten Jahr genutzt, um die Politik für ihre Verantwortung für die in Deutschland Schutz suchenden Flüchtlinge zu sensibilisieren und sie zur Realisierung angemessener Lebensbedingungen und zur Sicherstellung einer adäquaten psychosozialen Versorgung aufzufordern.

A. Organisatorisches

Treffen zur Projektkoordination und Evaluation

Mitglieder des Vorstandes trafen sich im Jahr 2014 vier Mal zu Vorstands- bzw. Koordinationstreffen:

- 16. und 17.2.2014 in Temmen-Ringenwalde
- 14.4. 2014 in Jena
- 11.8. 2014 in Berlin
- 16.10. 2014 im Vorfeld der BAfF-Tagung 2014 in Düsseldorf

Die Mitgliederversammlung findet am 16.10.2014 im Rahmen der BAfF-Fachtagung in Düsseldorf statt.

B. Aktivitäten der BAfF

Bericht über die Arbeit der BAfF im Jahr 2014

1. Vernetzung, Qualifizierung, fachlicher Austausch
2. Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit
3. Arbeitsgruppe „Richtlinien und Konventionen“
4. „Train to Care“ – Abbau struktureller Diskriminierung in Ostdeutschland und Osteuropa
5. Filmprojekt „(Un-)Sichtbare Grenzen – In Szene gesetzt“
6. „Daten für Taten“ – Indikatoren für Inklusion
7. Daten zur Versorgung von Flüchtlingen in den Behandlungszentren
8. Reflexions- und Vernetzungsgespräche zur Versorgungssituation
9. Arbeitsgruppe „Qualitätsmanagement“
10. Dialog und Projektpartnerschaft mit dem BAMF
11. Bundesfachtagung der BAfF 2014
12. Europäische Vernetzung und Austausch
13. Sicherung der BAfF als Dachverband
14. Kommunikations- und Informationsmanagement: Websites und web 2.0, Pressearbeit
15. Publikationen
16. Arbeitstreffen und Termine
17. Lobby- und Repräsentationsarbeit

1. VERNETZUNG, QUALIFIZIERUNG UND FACHLICHER AUSTAUSCH

Über regelmäßige Projektpartnertreffen, in ExpertInnengremien und Arbeitsgruppen hat die BAfF auch 2014 den fachlichen Austausch von Erfahrung, Wissen und Information zwischen den einzelnen Behandlungszentren sowie auch mit niedergelassenen HeilberuflerInnen vorangetrieben.

Als Dachverband vernetzen wir die Behandlungszentren für Flüchtlinge und Folteropfer auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene. Wir bündeln die Kräfte der Zentren und fördern den fachlichen Austausch untereinander. Wir stellen ein bundesweites Netzwerk von ExpertInnen in der Behandlung und Betreuung von Opfern von Folter und anderen schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen dar, entwickeln Qualitätsstandards für angemessene Behandlungen und sensibilisieren neben der öffentlichen auch die professionelle Wahrnehmung für die Folgen von organisierter Gewalt, Kriegserleben, Flucht und Leben im Exil.

Besondere Schwerpunkte bildeten dabei 2014 u.a. unsere jährliche Fachtagung, Fortbildungen, die wir für AkteurInnen der Gesundheitsversorgung durchführen, die Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit, die Kooperation innerhalb von Projekten sowie in den BAfF-Arbeitsgruppen.

Wir führten in diesem Jahr Schulungen für Mitarbeitende des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, für psychologische PsychotherapeutInnen, für ehrenamtliche Vormünder, für AkteurInnen in der Betreuung von UMF durch, hielten Vorträge bzw. Präsentationen in der Charité, auf der Jahrestagung Asyl des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, einer Fachtagung der Caritas, der Deutschen Gesellschaft für Verhaltenstherapie, dem Humanitarian Congress von Ärzte der Welt uvm.

Durch Vernetzungs- und Kooperationsgespräche mit Politik und Verwaltung, aber auch den Fachgesellschaften, v.a. der Bundespsychotherapeutenkammer sowie seit 2014 auch der Bundesärztekammer, haben wir darüber hinaus die Sensibilisierung und Qualifizierung der gesundheitlichen Regelversorgung gefördert.

In unserem Newsletter, auf unseren Homepages und im BAfF-Forum informierten wir außerdem regelmäßig über aktuelle Entwicklungen und Aktivitäten in Gesundheits-, Sozial- und Asylpolitik.

Auch die Kooperation mit den Wohlfahrtsverbänden und weiteren Organisationen aus dem Bereich der Flüchtlings- und Menschenrechtsarbeit bildete in diesem Jahr ein wichtiges Handlungsfeld unserer Arbeit. Gemeinsam haben wir weiterhin gezielt Lobbyarbeit in Fachverbänden, politischen Arbeitskreisen, Gremien und Ausschüssen betrieben, um die Befassung der Verantwortlichen mit Defiziten in der Versorgung besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge zu fordern.

Auf europäischer Ebene steht die BAfF durch ihren Vorsitz beim European Network of Rehabilitation Centres for Survivors of Torture weiterhin in engem Kontakt mit den europäischen Behandlungseinrichtungen für Flüchtlinge und Folteropfer. Im Netzwerk sind über 100 Behandlungseinrichtungen vertreten.

2. LOBBY- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT ZUR VERBESSERUNG DER VERSORGUNGSSITUATION

Der Schwerpunkt unserer Arbeit lag in diesem Jahr mehr denn je auf der Sensibilisierung von Leistungs- und EntscheidungsträgerInnen für die Umsetzung des Menschenrechts auf Gesundheit und dabei insbesondere einer adäquaten psychosozialen Versorgung- unabhängig vom Aufenthaltsstatus.

Die BAfF als Dachverband der Psychosozialen Zentren in Deutschland dient als Sprachrohr für die Interessen der Zentren und ihrer KlientInnen. Mit der Expertise der BAfF, unter Nutzung der empirischen und statistischen Ergebnisse aus der Datenerhebung, exemplarischen Einzelfallbeispielen, Stellungnahmen und Einschätzungen haben wir im Austausch mit politischen EntscheidungsträgerInnen auf eine Verbesserung der Versorgungssituation

hingearbeitet.

Zusammengefasst sind die Themen, die wir im Jahr 2014 in Politik und Verwaltung getragen haben:

- Ein kohärentes Konzept für die Rehabilitation von Überlebenden von Folter und schweren Menschenrechtsverletzungen.
- Dass entsprechend der neuen EU-„Aufnahmerichtlinie“ geeignete Instrumente etabliert werden, um Personen mit speziellen Bedürfnissen zu identifizieren, damit sie die entsprechende Unterstützung erfahren und umgehend Zugang zu medizinischer, psychologischer und sozialen Versorgung erhalten.
- Die Übernahme von Kosten für eine qualifizierte Psychotherapie unabhängig vom Aufenthaltsstatus, d. h. gleicher Anspruch auf Psychotherapie auch für Empfänger von Leistungen nach dem AsylbLG..
- Die Erstattung der Kosten für Psychotherapien, die durch die in den Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer arbeitenden TherapeutInnen durchgeführt werden.
- Die Übernahme von Dolmetscherkosten für psychotherapeutische Behandlungen.

Mit diesem Ziel wurde in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, die im Forum Menschenrechte organisiert sind, zum Jahresbeginn 2014 ein Positionspapier zum Umgang mit besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen verfasst und verbreitet.

Außerdem haben wir mehrere spezifische Fachgespräche mit den unterschiedlichen relevanten Interessengruppen bzw. Fachgesellschaften durchgeführt, u.a. mit den Wohlfahrtsverbänden, mit dem Integrationsministerium Rheinland Pfalz, im Netzwerk Gesundheit & Menschenrechte in Berlin, dem Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung, dem Menschenrechtsbeauftragten der Bundesärztekammer, mit Amnesty International, dem Vorsitzenden des Menschenrechtsausschusses sowie v.a. auch der Bundespsychotherapeutenkammer.

Gemeinsam mit der BPTK wurde ein Konzept zum Vorgehen der Bewilligung von Psychotherapien nach AsylbLG, angelehnt an das der Krankenkassen, erarbeitet. Nach zahlreichen Gesprächen konnte das verfasste Dokument in Kooperation mit dem Berliner Zentrum Xenion in einem ersten Gespräch in die Verwaltungsebene getragen werden. Weitere Gespräche sollen folgen, mit dem Ziel der Implementierung dieses Instruments zunächst in allen Bezirken Berlins in den bürokratischen Ablauf der Sozialämter. Ausgehend von Berlin soll das Konzept verbindlich, in Kooperation mit den bundesweiten Zentren, auch in andere Bundesländer weitergetragen werden und so zu einem einheitlichen Verfahren bei der Bewilligung von Therapien über das AsylbLG führen.

Darüber hinaus fanden mehrere Arbeitstreffen mit ÄrztInnen und PsychologInnen sowohl aus Kliniken für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik als auch in freier Praxis statt. Hier wurden exemplarisch für das Versorgungsgebiet Berlin Strategien entwickelt, wie besonders schutzbedürftige Flüchtlinge in das System der gesundheitliche Regelversorgung integriert werden können, welche Rahmenbedingungen jeweils in Kliniken bzw. in freier Praxis zu berücksichtigen sind und wie eine Sensibilisierung der Versorgungssysteme für den speziellen Versorgungsbedarf der Zielgruppe gestaltet werden kann. Aus diesen Arbeitstreffen entwickelte sich ein Kooperationsverbund, der nun regelmäßig gemeinsam Vermittlungsprobleme, Strategien für eine bessere Vernetzung und Vermittlung von KlientInnen sowie Möglichkeiten der Nutzung eines gemeinsamen Dolmetscherpools diskutiert. Die Ergebnisse dieser Arbeitstreffen wurden kontinuierlich weiterentwickelt, mit den Mitgliedszentren der BAfF sowie HeilberuflerInnen aus der Regelversorgung abgestimmt und sowohl mit Regierungs- als auch mit Nichtregierungsorganisationen diskutiert.

Eng vernetzt ist die BAfF weiterhin in verschiedenen Arbeitskreisen und Fachgremien: Sie führte u.a. die Arbeit im Arbeitskreis amnesty international - AK Heilberufe, im Forum Menschenrechte insbesondere in der AG Innenpolitik fort und nahm Aktivitäten im Bundesweiten Arbeitskreis „Migration und öffentliche Gesundheit“ auf.

Alle genannten Aktivitäten wurden kontinuierlich gerahmt und rückgebunden durch kontinuierliche Recherchearbeit zu aktuellen Ereignissen und Entwicklungen der Asyl- und Gesundheitspolitik, die Verbreitung relevanter Informationen auf den Homepages der BAfF, über Newsletter, gezielte Mailingaktionen, themenspezifische Publikationen, regelmäßige Kontakte zur Presse sowie die Präsenz auf Veranstaltungen, Tagungen und Symposien.

Entscheidend vorangebracht wurde die Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit in diesem Jahr vor allem auch durch die neu gegründete Arbeitsgruppe „Richtlinien und Konventionen“ (vgl. Kapitel 3), durch die Zusammenarbeit mit MedienvertreterInnen sowohl im Print-, als auch im TV-Bereich sowie auch durch die Verbreitung der Filme aus dem Projekt „(Un-)Sichtbare Grenzen – In Szene gesetzt“ (Vgl. Kapitel 5).

Insgesamt hat es die BAfF 2014 geschafft, die Mechanismen zu verbessern, mit denen die Öffentlichkeit informiert und mobilisiert werden kann und somit wertvolle (ideelle) Unterstützung zur dauerhaften Umsetzung und Weiterentwicklung ihrer Forderungen erhalten. Politik und Verwaltungsstrukturen wurden sensibilisiert für die Bedarfe traumatisierter Flüchtlinge; insbesondere für die Notwendigkeit spezialisierter Psychotherapie unter Einsatz von DolmetscherInnen. Neben der Notwendigkeit angemessener gesundheitlicher Versorgung wurden die Themen Flucht und Trauma sowie psychologische und psychosoziale Folgen von Folter und anderen schweren Menschenrechtsverletzungen nachhaltig in den Diskurs der Fachöffentlichkeit eingebracht. Darauf kann in Zukunft aufgebaut werden, um gemeinsam mit neuen Kooperationspartnern Druck in Richtung der Umsetzung unserer Forderungen aufzubauen.

3. AG RICHTLINIEN UND KONVENTIONEN

Auf der letzten BAfF-Tagung in Kiel wurde von vielen Seiten die Gründung einer Arbeitsgruppe angeregt, die sich mit Lobbyarbeit zu aktuellen Richtlinien und Konventionen befasst. Diese AG haben wir inzwischen ins Leben gerufen: Ein erstes Arbeitstreffen hat im Mai stattgefunden, die weiteren Absprachen bis zum nächsten Treffen auf der BAfF-Tagung im Oktober erfolgten über Telefonkonferenzen.

Im Mittelpunkt dieses Treffens standen v.a. Überlegungen dazu, wie die AG sich gemeinsam für eine Umsetzung der neuen EU-Aufnahmerichtlinie einsetzen kann, d.h. wie eine gemeinsame Position entwickelt werden kann, die die Interessen der Zentren auf Bundes- und auf Länderebene vertreten kann. Dazu haben wir die bisherigen Erfahrungen v.a. mit Modellen zur Identifizierung besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge zusammengetragen und vor dem Hintergrund ihrer jeweiligen Vor- und Nachteile analysiert - insbesondere im Blick auf die Möglichkeiten einer anschließenden Vermittlung in die Versorgung: die Studien der Gutachterstellen in München und Nürnberg, das Friedländer-Modell in Niedersachsen, das Berliner Netzwerk für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge, die Bemühungen des Integrationsministeriums Rheinland-Pfalz zur Gründung einer Koordinierungsstelle für interkulturelle Öffnung, aber auch Erfahrungen, die in den Niederlanden mit einem staatlich finanzierten, strukturell im Aufnahmeprozess verankerten und dennoch unabhängigen Feststellungsverfahren bestehen.

Abgeleitet aus der zentralen Erkenntnis aller Länder, dass die Überführung in Behandlung letztlich nie hinreichend funktioniert, soll nun in einem nächsten Schritt ein Forderungskatalog formuliert werden. Ihm zugrunde gelegt werden einerseits eine Analyse der relevanten Richtlinien und Konventionen, andererseits die Expertisen der Feststellungsprojekte einschließlich der vorhandenen empirischen Studien zur Vulnerabilität.

Vor diesem Hintergrund hat die Arbeitsgruppe ein Positionspapier zur Umsetzung der EU-Richtlinie verfasst. Auf seiner Grundlage haben wir eine Diskussionsrunde „Das Konzept der besonderen Schutzbedürftigkeit – Risiken und Nebenwirkungen“ organisiert, die im Anschluss an die diesjährige Mitgliederversammlung der BAfF stattfinden wird. Es ist geplant, das Papier auf Grundlage der Diskussion zu überarbeiten, von den Mitgliedern verabschieden zu lassen und es schließlich weitflächig zu streuen.

Das nächste Treffen der AG „Richtlinien und Konventionen“ wird sich darüber hinaus den Implikationen widmen, die für unsere Forderungen u.a. aus der Convention against Torture (CAT; v.a. dem General Comment Nr. 3 zur Implementierung von Artikel 14), aber auch der Dublin-III-Verordnung abzuleiten sind.

4. „TRAIN TO CARE“ - EINE AUFKLÄRUNGS- UND BILDUNGSINITIATIVE ZUM ABBAU STRUKTURELLER DISKRIMINIERUNG VON FLÜCHTLINGEN UND FOLTEROPFERN IN OSTDEUTSCHLAND UND OSTEUROPA

Seit Mai 2014 setzen wir unser Pilotprojekt zur Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung von Flüchtlingen und Folteropfern in Ostdeutschland mit einem 1,5 jährigen Folgeprojekt fort.

Gemeinsam mit refugio thüringen e.V. in Jena, dem Psychosozialen Zentrum Sachsen-Anhalt und Cactus e.V. in Leipzig hatten wir im Pilotprojekt Daten zur Versorgungssituation in Ostdeutschland erhoben, Fortbildungscurricula für niedergelassene ÄrztInnen und PsychotherapeutInnen entwickelt und erste Kontakte in Politik und Verwaltung geknüpft. Dennoch mussten wir uns auch einer ganzen Reihe Herausforderungen stellen: Vor allem die Kontaktaufnahme zu niedergelassenen PsychotherapeutInnen und ÄrztInnen war in allen Bundesländern schwierig. Die Erfahrungen im Handlungsfeld Migration sind historisch bedingt nach wie vor gering, die Berührungängste gegenüber Flüchtlingen in Ostdeutschland noch immer sehr ausgeprägt. Auch wurde deutlich, dass eine Verbesserung der psychosozialen Versorgung in den einzelnen Regionen immer auch durch strukturelle Ausgrenzung und v.a. auch durch Alltagsrassismen behindert wird.

Im Folgeprojekt „Train to Care“ haben wir nun begonnen, die Strukturen und Kontakte, die wir angelegt haben, auszubauen und zu vertiefen. Die Projektaktivitäten werden sich in diesem Projekt nun auf das gesamte Gebiet der neuen Bundesländer ausweiten: Zusätzlich zu den „alten“ Projektteams in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sind nun auch das PSZ Greifswald (Mecklenburg-Vorpommern) sowie die der Fachberatungsdienst Zuwanderung, Integration und Toleranz im Land Brandenburg (FaZIT) Projektpartner.

Mit dem Projekt wollen wir auf die speziellen Lebens- und Versorgungsbedingungen reagieren, die Flüchtlinge und Folteropfer in den fünf ostdeutschen Bundesländern sowie den europäischen Nachbarstaaten Polen und Tschechien vorfinden. Ziel des Projektes ist es, die Zugänglichkeit von Leistungen der gesundheitlichen und psychosozialen Versorgung für Folteropfer zu erhöhen und die Inklusion von besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen, insbesondere Überlebenden von Folter und anderen schweren Menschenrechtsverletzungen, in die gesundheitliche Regelversorgung zu fördern. Barrieren im Zugang zu Strukturen professioneller psychosozialer und medizinischer Unterstützung sollen durch Fortbildungs- und Sensibilisierungsarbeit im Gesundheits- und Sozialwesen sowie nachhaltige Kooperation, Austausch und Reflexion in Politik und Verwaltung abgebaut werden. Verantwortliche der bestehenden Versorgungs- und Beratungsstrukturen sollen für die Wahrnehmung des Versorgungsauftrages in Bezug auf Folteropfer sensibilisiert, Wissen in der Behandlung der Zielgruppe weitergegeben und strukturelle Diskriminierung in Gesundheitswesen und öffentlichen Institutionen überwunden werden.

Bislang haben bereits zwei Partnertreffen und eine ausführliche Telefonkonferenz stattgefunden: Die Partner haben sich zur aktuellen Versorgungssituation in den einzelnen Bundesländern ausgetauscht, Chancen, Ansatzpunkte und besondere Herausforderungen in den Regionen diskutiert.

Die Datenerhebung zur Versorgungssituation Geflüchteter in Ostdeutschland wurde auf Grundlage der Erfahrungen aus dem Pilotprojekt angepasst, gemeinsam mit den „neuen“ Projektpartnern aus Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg auf ihre Passung zur spezifischen Versorgungssituation in ihren Bundesländern überprüft und entsprechend angepasst. Die Arbeit mit den Fragebögen zu Versorgungsbedarf und –kapazität in den jeweiligen Regionen lief gut an, für das Land Brandenburg wird eine parallele qualitative Erhebung entwickelt.

Über die quantitativen Daten hinaus, haben alle Projektpartner begonnen, auch Fallbeispiele aus der Behandlungspraxis zu dokumentieren, die best practise und worst case Szenarien verdeutlichen und damit für die Sensibilisierung der Fachöffentlichkeit sowie der Politik und der Verwaltung genutzt werden können. Wie im Pilotprojekt wird auch diese Projekt mit einem umfassenden Versorgungsbericht abschließen, der weitflächig verbreitet und auf öffentlichen Veranstaltungen vorgestellt werden soll.

Auch die Curricula der Fortbildungsveranstaltungen zur Sensibilisierung und Qualifizierung niedergelassener ÄrztInnen und PsychotherapeutInnen wurden vor dem Hintergrund des aktuellen regionalen Bedarfs sowie der Erfahrungen aus dem Pilotprojekt modifiziert, die Fortbildungsveranstaltungen wurden inhaltlich und organisatorisch geplant und gemeinsam vorbereitet im Blick auf die Auswahl der Themen und der ReferentInnen, optimaler Zeitpunkte und Veranstaltungsorte und hilfreicher Kommunikationskanäle zur Verbreitung der Fortbildungsangebote. MultiplikatorInnen und Kooperationspartner wurden kontaktiert und in die Veranstaltungsplanung eingebunden. Inhaltlich werden die Fortbildungen sich u.a. den Themen „Traumatisierung und Somatisierung“, „Flüchtlinge in der psychiatrischen Praxis“, „Trauma und PTBS aus wissenschaftlicher Perspektive“, „Psychotherapie mit Flüchtlingen“ etc. widmen. Darüber hinaus hat die Planung eines interdisziplinären Fachtages zu den Folgen sexualisierter Gewalt begonnen. Er wird in Kooperation mit Psychiatrien, Frauenhäusern und Gleichstellungsbeauftragten stattfinden.

Über diese spezifischen Fortbildung hinaus haben die Projektpartner ihre Kontakte zu kommunalen und regionalen Gesundheitsnetzwerken vertieft bzw. neue Kontakte geknüpft. Die Anliegen der Zentren im Blick auf Möglichkeiten der gemeinsamen Versorgung traumatisierter Flüchtlinge, dem Angebot, Fortbildung und Austausch zirkel im Rahmen dieser Netzwerke durchzuführen, wurden vorgestellt und z.T. bereits Interventionsgruppen mit niedergelassenen TherapeutInnen, die Geflüchtete behandeln, durchgeführt.

Im Flächenland Brandenburg wurde durch das Projekt außerdem ein telefongestützter Sprachmittlerservice initiiert. Zu Beginn des Projektes wurden dessen personelle und technische Voraussetzungen diskutiert. Es wurden geeignete DolmetscherInnen ausgewählt, so dass der Dienst im November 2014 mit der Sprache Russisch beginnen kann. Anfang nächsten Jahres wird auch eine arabische Sprachmittlung verfügbar sein. Alle Partnerzentren auch in den anderen Bundesländern werden die Entwicklungen des Sprachmittlerservices verfolgen, gemeinsam das weitere Vorgehen sowie einen eventuellen Ausbau besprechen und weitflächig in Kliniken und bei niedergelassenen ÄrztInnen auch in ihrer Region für den Dienst werben.

Auch zum polnischen und zu den europäischen Projektpartnern, der Fundacja Miedzynarodowa Inicjatywa Humanitarna in Warschau und dem tschechischen Team der Organizace pro Pomoc Uprchlíkú in Prag herrscht bereits reger Kontakt. Wir arbeiten gemeinsam an transnationalen Strategien zur Verbesserung der Situation von Geflüchteten, vernetzen uns für die Versorgung von cross-border Fällen und bauen den Informationsfluss über aktuelle Entwicklungen der europäischen Flüchtlingspolitik, über lokale Erfolgsmodelle und den Aufbau von Versorgungsstrukturen aus. Ende November 2014 wird das erste transnationale Partnertreffen zum Projekt in Warschau stattfinden. Es ist mehrtägig geplant und umfasst u.a. den Austausch mit KlinikerInnen und JuristInnen aus Polen, die über die Lebenssituation Geflüchteter berichten werden, v.a. auch über die derjenigen, die nach der Dublin-Verordnung aus Deutschland zurückgeschoben wurden. Auf diese Weise können auch Kontakte für eine

cross-border Versorgung der betroffenen KlientInnen getroffen werden. Darüber hinaus ist eine gemeinsame Veranstaltung zur Schulung der polnischen „boarder guards“ sowie ukrainischer PsychologInnen geplant.

5. FILMPROJEKT „(UN-)SICHTBARE GRENZEN – IN SZENE GESETZT“

Im Jahr 2014 hat nun auch die zweite Staffel unseres Filmprojekts die Dreharbeiten erfolgreich abgeschlossen. Die Tandems aus je einem jugendlichen und einem Filmschaffenden haben gemeinsam Workshops zur Konzeptentwicklung, zu Dramaturgie und Produktion, Kamera, Licht und Montage besucht, sie haben sich kennen gelernt und gemeinsam einen Film gedreht.

Neben den privaten Treffen der TandempartnerInnen miteinander und den Workshops fanden auch monatlich angelegte „Stammtische“ statt, bei welchen sich Staffelteilnehmende und Projektmitarbeiterinnen formlos zum Erfahrungsaustausch trafen, um neue Ideen und Herausforderungen der Zusammenarbeit zu diskutieren. Alle Tandems der beiden Staffeln wurden darüber hinaus durchgängig durch je eine Koordinatorin des Projekts begleitet, um Unterstützung bei organisatorischen, wie auch psychosozialen Fragestellungen zu gewährleisten. Diese engmaschige Begleitung stellte sich als sehr wichtig und hilfreich für alle Beteiligten heraus, sie hatte aufgrund der teilweise sehr belastenden Lebenssituation der jugendlichen Flüchtlinge große Bedeutung.

Es wurde also entwickelt, geschrieben, aufgenommen, gereist, gedreht, geschnitten, bearbeitet... und nach vielen Monaten der gemeinsamen Arbeit waren im Juni 2014 die Filme beider Staffeln im Kasten. Sie wurden im ausgelagerten Postproduktionsunternehmen fertiggestellt und zu einer DVD zusammengefasst, die inzwischen stark nachgefragt wird.

Entstanden sind durch das Projekt letztlich sechs sehr unterschiedliche Filme, die – z.T. sehr subtil, oft aber auch überaus deutlich – die Wünsche junger Flüchtlinge nach Anerkennung, nach Gleichberechtigung und Teilhabe, ebenso aber auch die Ängste und Nöte sowie die Diskriminierungserfahrungen, die sie hier erleben müssen, darstellen. Die Barrieren, auf die sie nach ihrer Ankunft in Deutschland treffen, werden sichtbar und zeigen uns, welche Hürden wir als Aufnahmegesellschaft noch überwinden müssen, um für jeden Menschen, der hier mit uns lebt, gesellschaftliche Teilhabe sicher zu stellen. Damit geben die Filme Menschen, die in ihren Anliegen sonst selten gehört werden, eine Stimme im öffentlichen Raum.

Am Weltflüchtlingstag haben es die Filme der Jugendlichen schließlich auf die Leinwand des Kino „Arsenal“ am Potsdamer Platz und damit vor ein 100köpfiges Publikum geschafft. Begrüßt und zu ihren Werken beglückwünscht wurden die jungen Kreativen dabei ganz offiziell durch Grußworte zum einen des Beauftragten der Bundesregierung für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, Christoph Strässer, und zum anderen der Beauftragten des Berliner Senats für Migration und Integration, Monika Lücke.

Seit dem Sommer 2014 werden die Filme nun bei Kurzfilmfestivals und –wettbewerben eingereicht, auf Menschenrechtsfilmabenden gezeigt und es wird nach Kooperationspartnern gesucht, die Lust auf gemeinsame Filmvorführungen, z.B. mit anschließenden Podiumsdiskussionen, im Rahmen von Benefizveranstaltungen, Schulungen, Tagungen etc. zu zeigen.

6. „DATEN FÜR TATEN“ – INDIKATOREN FÜR INKLUSION

Seit Januar 2014 entwickeln wir gemeinsam mit Refugio Bremen, dem PSZ Düsseldorf und Refugio München Indikatoren, mit denen wir Inklusion bei Flüchtlingen - als Ziel und als Ergebnis der Arbeit der Psychosozialen Zentren – messbar machen können. Das Projekt wird von der Charité Berlin und vom Entwickler der

„Inklusionschart“, Prof. Dr. Pantuček-Eisenbacher wissenschaftlich begleitet. Es fanden bereits mehrere Partnertreffen und Telefonkonferenzen zur Entwicklung und Überprüfung der Chart statt.

Das Indikatorenset, an dem wir arbeiten, soll verschiedene Funktionssysteme (z.B. der sozialen Sicherung, des Bildungs- und Arbeitsmarktes oder des lebensweltlichen Supports), Systeme der Existenzsicherung, aber auch der „Funktionsfähigkeit“ von KlientInnen (z.B. im Bereich körperlicher und psychischer Gesundheit) abdecken, damit erhoben werden kann, in welchem Umfang ein Flüchtling in Deutschland bezogen auf einen bestimmten Bereich in die Gesellschaft eingegliedert ist - bzw. wo Exklusion vorherrscht und entsprechender Interventionsbedarf besteht.

Die ExpertInnen-Gruppe hat dazu bereits eine erste Version für eine „Flüchtlingsspezifische Inklusionschart“ entwickelt. Besonderes Augenmerk haben wir darauf gelegt, dass Flüchtlinge in Deutschland – nicht vergleichbar mit anderen sozialen Gruppen – aus vielen Funktionssystemen bereits ganz basal strukturell-rechtlich exkludiert sind. Häufig haben sich hier bereits spezialisierte „substituierende Systeme“ entwickelt - beispielsweise auch mit den Psychosozialen Zentren, die Exklusion aus dem System der Gesundheitsversorgung kompensieren.

Eine Inklusion in diese substituierenden Systeme kann Exklusion zwar nicht aufheben, deren Auswirkungen aber möglicherweise verändern. Vor diesem Hintergrund haben wir die Inklusionschart in ihrer flüchtlingsspezifischen Version durch eine Achse ergänzt, die Inklusion in „substituierende Systeme“ erfasst.

Im Moment befindet sich das Projekt in einer Pilotphase zum Praxistest. Es werden kontinuierlich Fallvignetten zur Erprobung der Chart erhoben und für die Anpassung des Instruments an die Bedürfnisse unserer Zielgruppe genutzt. Auch die MitarbeiterInnen der Partnerzentren, die nicht in das Projekt involviert sind, wurden bereits in der Anwendung der Chart geschult, sie haben Feedback zur Modifikation des Instruments gegeben und werden es zum Teil weiterhin in ihrer täglichen Praxis nutzen.

Darüber hinaus wurde ein Hintergrundpapier erstellt, in dem kontextspezifische Standards zur psychosozialen Arbeit mit Flüchtlingen – skizziert anhand des Beispiels der Arbeit mit der Inklusionschart – formuliert werden.

Ende diesen Jahres werden wir die Inklusionschart einschließlich eines ausführlichen Manuals sowie des Hintergrundpapiers veröffentlichen, so dass alle Zentren und weitere AkteurInnen der Flüchtlings(sozial)arbeit das Instrument in der täglichen Praxis nutzen können.

7. OPTIMIERUNG DER DATENLAGE ZUR VERSORGUNGSSITUATION: QUALIFIZIERTE LEISTUNGSABFRAGE

Auch 2014 wurden alle Mitgliedszentren der BAfF gebeten, den Fragebogen zur Versorgungssituation von Flüchtlingen in Deutschland auszufüllen. Die Fragen der Erhebung in diesem Jahr entsprachen weitgehend denen des Vorjahres, es wurden (auf Grundlage des Feedbacks der Zentren) nur geringfügige Änderungen vorgenommen, um eine Vergleichbarkeit der Daten zu gewährleisten. Grundsätzlich sind die Instrumente zur Erhebung von Versorgungsdaten in den psychosozialen Zentren durch die fortlaufende Anpassung nun präziser, die Analysekategorien differenzierter und liefern damit die Basis für die Erhebung zuverlässigerer Daten, die aussagekräftigere Analysen ermöglichen. Designfehler, die die korrekte Auswertung der Antworten erschweren und damit die Vollständigkeit und Belastbarkeit der gewonnenen Daten gefährden, wurden sukzessive behoben. Die Evaluatorinnen des Berichts benennen die Weiterentwicklung der Erhebungsstrategien in ihrer Auswertung zur wissenschaftlichen Überprüfung der Instrumente insgesamt als einen „enormen Qualitätssprung im Vergleich zum Vorjahr“. Der Fragebogen sei „klarer“, „positiver formuliert“, „einfacher auszufüllen“, „decke alle wichtigen Themenbereiche ab und liefert nützliche Daten“. Die nun vorhandenen Daten lieferten damit ein differenziertes Bild, das näher an der Realität in den Behandlungszentren ist und gezielt für die Information der (Fach-)Öffentlichkeit zur aktuellen Versorgungssituation genutzt werden kann. HeilberuflerInnen ebenso wie AkteurInnen der Gesundheits-

und Sozialpolitik können so auf kommunaler, Landes- und Bundesebene über die Versorgungssituation informiert und für Kooperationen bzw. zur gemeinsamen Entwicklung konkreter Handlungsstrategien in Richtung der Verbesserung der Versorgung besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge gewonnen werden.

Ziel der Erhebung ist es, über diese bundesweite Erhebung eine Analyse des komplexen Leistungsspektrums, wie es in den Behandlungszentren angeboten wird, sowie der Defizite in der Versorgung vulnerabler Flüchtlinge und deren Folgen vorzunehmen.

Aufgrund der Fragmentierung der Zuständigkeiten auf den unterschiedlichen politischen Ebenen werden von unterschiedlichen Verantwortlichen meist unterschiedliche Informationen zur Versorgung angefragt. Daher ist der Fragebogen sehr umfangreich und das Ausfüllen nahm recht viel Zeit in Anspruch. Die Erhebung begann Anfang Juni und sollte ursprünglich spätestens zum 1.8.2014 abgeschlossen werden. Aufgrund des bis dato noch relativ geringen Rücklaufes wurde die Frist um einen Monat verlängert.

Prinzipiell hat sich die Rücklaufquote der Erhebung in diesem Jahr noch einmal deutlich erhöht, wofür wir allen beteiligten Zentren herzlich danken wollen. Zum aktuellen Zeitpunkt, d.h. Anfang Oktober 2014, haben insgesamt 17 der 25 angeschriebenen Zentren den Fragebogen ausgefüllt. Davon sind allerdings bei 10 Zentren noch wichtige Fragen offen bzw. müssen noch Unstimmigkeiten bzw. Inkonsistenzen aufgeklärt werden. Von insgesamt 4 Zentren haben wir noch keine Rückmeldung erhalten, 2 Zentren haben nur deutlich weniger als die Hälfte der Fragen beantwortet. Der detaillierten Auswertung und Aufbereitung der Daten wird daher noch eine Klärung dieser Unstimmigkeiten bzw. offenen Fragen sowie der Versuch, den Rücklauf zu vervollständigen, vorangestellt. Dies wird Ende Oktober stattfinden.

Im Anschluss an die Datenanalyse werden wir einen umfassenden bundesweiten Versorgungsbericht mit aktuellen Daten, Hintergrundinformationen zur Versorgungssituation und Fallbeispielen zu zentralen Versorgungsdefiziten veröffentlichen. Der Bericht soll bundesweit und lokal für Lobbyarbeit bei Leistungs- und Entscheidungsträgern genutzt werden.

Die Daten aus den Vorjahren wurden kontinuierlich sowohl in den fachlichen als auch den politischen Diskurs eingebracht. Auf ihrer Grundlage wurde in Vorträgen, auf Tagungen, in Kooperationsgesprächen mit Politik und Verwaltung sowie in Medieninterviews Defizite und Handlungsbedarf in der psychosozialen Versorgung traumatisierter Flüchtlinge dargestellt.

Vermehrte Anfragen aus Wissenschaft und Politik nach Vorträgen, Kongressbeiträgen, Positionspapieren und Arbeitstreffen sprechen schon jetzt dafür, dass die Problematik stärker Eingang in den öffentlichen Diskurs findet und relevante AkteureInnen für den Handlungsbedarf zur Verbesserung der Versorgung besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge sensibilisiert wurden.

8. REFLEXIONS- UND VERNETZUNGSGESPRÄCHE ZUR VERSORGUNGSSITUATION

Die Reflexions- und Vernetzungsbesuche in den Zentren fanden im März 2014 statt. Ihnen zu Grunde gelegt wurden u.a. die Ergebnisse der Arbeit der AG Qualitätsmanagement sowie diejenigen einer telefonischen Befragung der Zentren zu Dokumentations- und Evaluationssystemen in der Aufnahme-/ Beratungs- und der psychotherapeutischen Praxis.

Die Interviews und Gruppendiskussionen im Rahmen der Besuche fanden letztlich mit den Teams der MFH Bochum und des PSZ Düsseldorf statt. Thematisch fokussierten sie die Themen: „Aufnahmeprozess“, „Kapazitätsprobleme“, „Vermittlung in die Regelversorgung“, „Abrechnungspraxis“. „Kommunikation mit Leistungs- und Entscheidungsträgern“, „Zusammenarbeit mit der BAF“. Die Gruppendiskussionen wurden von den Mitarbeitern als

sehr positiv wahrgenommen und ihr Nutzen sowohl von der BAfF als auch von den externen EvaluatorInnen als hoch bewertet. Auch sie werden exemplarisch und anonymisiert Eingang in den bundesweiten Versorgungsbericht finden.

9. ARBEITSGRUPPE „QUALITÄTSMANAGEMENT“

Ein erstes Ergebnis der Arbeit innerhalb der AG Qualitätsmanagement ist ein Positionspapier zu datenschutzrechtlichen Schwierigkeiten, die sich aus den neuen Förderrichtlinien des AMIF ergeben. Das Papier ebenso wie die Antwort des BAMF können auf der Homepage der BAfF heruntergeladen werden.

Auf dem letzten AG Treffen im März haben wir v.a. Schwierigkeiten und Erfolgsmodelle innerhalb der Aufnahmepraxis der Zentren zusammengetragen und analysiert: Im Mittelpunkt standen dabei u.a. der Umgang mit steigenden Anfragezahlen und immer längeren Wartezeiten. Im Kontext begrenzter Versorgungskapazitäten müssen sich alle Zentren immer wieder damit auseinandersetzen, wie Aufnahmekriterien gestaltet werden können, die Geflüchteten einen transparenten, nachvollziehbaren, gerechten und gleichartigen Zugang zu ihren Behandlungsleistungen ermöglichen können. Diskutiert wurden hier die Formulierung von Kriterien der Dringlichkeit - sowohl der psychischen Belastungen (von KlientInnen, Angehörigen oder anderen Einrichtungen vorgetragen) als auch der äußeren Dringlichkeit (im Kontext des Asylverfahrens), die Sinnhaftigkeit und Prognose der Betreuung, aber auch z.B. die politische Aktivität von KlientInnen.

Von zentraler Bedeutung waren außerdem die Einführung von Aufnahmestopps bzw. zeitlich begrenzten Aufnahmephasen, aber auch ganz grundsätzlich das Spannungsfeld bzw. die Notwendigkeit, sich zu entscheiden zwischen dem Anspruch „Versorgung“ abzudecken oder aber dem Anspruch im gut zumutbaren Rahmen für die MitarbeiterInnen arbeitsfähig zu sein.

Als ein mögliches Ziel der künftigen AG-Arbeit wurde schließlich formuliert, Best Practice Beispiele zu verschiedenen Aufnahmeverfahren aus den Zentren zu sammeln, sie auf der Homepage zu veröffentlichen oder auch sie in die BAfF-Leitlinien zu integrieren.

Auf ihrem nächsten Treffen im Oktober wird die AG sich mit einer Adaptation der QEP-Standards („Qualität und Entwicklung in Praxen“) für die Psychosozialen Zentren, mit verschiedenen Geschäftsführungsmodellen sowie mit der Kommunikation zwischen der BAfF als Dachverband und den Zentren als ihren Mitgliedern beschäftigen.

10. DIALOG MIT DEM BUNDESAMT FÜR MIGRATION UND FLÜCHTLINGE (BAMF) UND ZUSAMMENARBEIT IM RAHMEN DES PROJEKTES „QUALITÄTSENTWICKLUNG UND BELASTUNGSVORSORGE – VERTIEFTE QUALIFIZIERUNG UND SUPERVISION FÜR ENTSCHEIDUNGSTRÄGER IM ASYLPROZESS“

Aufbauend auf dem seit Jahren bestehenden Dialog mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), unseren Erfahrungen aus der klinischen Praxis und dem in 2011 und 2012 durchgeführten Pilotprojekt, „*Training- und Coaching für EinzelentscheiderInnen im Asylverfahren*“, hat die BAfF in diesem Jahr in Kooperation mit dem BAMF, der Deutschen Gesellschaft für Supervision (DGSv) sowie fünf Mitgliedszentren der BAfF das Projekt „*Qualitätsentwicklung und Belastungsvorsorge – vertiefte Qualifizierung und Supervision für Entscheider/innen im Asylprozess*“ beendet. Vorrangiges Projektziel war es, sicherzustellen, dass die mit Asylentscheidungen befassten MitarbeiterInnen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) der besonderen Verantwortung und den persönlichen Belastungen, die sich im täglichen Umgang mit Schutzsuchenden und ihren Fluchtschicksalen ergeben, im erforderlichen Maße gerecht werden.

Nach der erfolgreichen Durchführung der Trainings und Coachings in den vergangenen Jahren wurden im Jahr 2014 auch die regelmäßigen Supervisionssitzungen abgeschlossen. 94% der SupervisionsteilnehmerInnen beurteilten das Angebot überdurchschnittlich positiv. Stressbewältigung und Konfliktmanagement waren zentrale inhaltliche Themen. Besonders gut bewertet wurden die Motivation des Supervisors/der Supervisorin sowie der Erfahrungsaustausch mit der Gruppe, die Selbstreflexion und Reflexion der eigenen Tätigkeit sowie die Möglichkeit, eigene Problemstellungen einzubringen und auch die Problemschilderungen von anderen. Die Teilnehmenden schätzen die Supervision sehr wichtig für die tägliche Arbeit ein. Die Supervisionsgruppen wurden als sehr vertrauensvoll charakterisiert und die EntscheiderInnen konnten sich gut auf den Prozess einlassen.

Diese Einschätzungen decken sich mit den Beurteilungen und Einschätzungen der ExpertInnen (also den DozentInnen, SupervisorInnen, VertreterInnen des BAMF, der DGSv und der BAfF). Das Projekt wurde von allen ProjektpartnerInnen als großer Erfolg eingeschätzt. Die Maßnahmen dienten der Entlastung und der Möglichkeit, sich zu reflektieren: Brücken wurden gebaut, es wurde gemeinsam an der Qualität gearbeitet und das Projekt wurde in gegenseitigem Respekt durchgeführt. Bei allen ProjektpartnerInnen bestand ein Interesse an der Weiterführung des Projektes.

Bei der Abschlusskonferenz im März 2014 wurden schließlich die Projekterfahrungen zusammengeführt und ausgewertet sowie die Evaluationsergebnisse dargestellt. Auch kamen EntscheiderInnen zu Wort, die an den Maßnahmen teilgenommen hatten. Die Projektergebnisse waren auch für andere Behörden von Interesse. So waren unter den teilnehmenden Gästen eine Mitarbeiterin des Innenministeriums, ein Vertreter des Bundesamtes für Migration Schweiz, VertreterInnen der Ausländerbehörde Köln und Hamburg sowie ein Unternehmensmanager.

Seit dem Sommer 2014 arbeitet die BAfF nun gemeinsam mit der Deutschen Gesellschaft für Supervision an einer Publikation zum Projekt. Die Veröffentlichung *„Grenzbereiche der Supervision – Verwaltung in Bewegung“* wird im Verlag Vandenhoeck & Ruprecht erscheinen (voraussichtlich im Frühjahrsprogramm 2015). Die LeserInnen erhalten Einblick in das Spannungsfeld, in dem schutzsuchende Flüchtlinge, EntscheiderInnen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Menschenrechtsorganisationen und professionelle SupervisorInnen aufeinandertreffen. Mit einem Fokus auf interaktionellen Herausforderungen zwischen schutzsuchenden Flüchtlingen und AnhörerInnen des Bundesamtes bringen die einzelnen Kapitel die unterschiedlichen Perspektiven der verschiedenen AkteurInnen zusammen. Reflektiert wird die Rolle der EntscheiderInnen zwischen Schutzauftrag und Grenzziehung, deren Bedeutung für das Schicksal der schutzsuchenden Flüchtlinge, aber auch Herausforderungen im Umgang mit schwer traumatisierten Flüchtlingen und damit verbunden Möglichkeiten professioneller Unterstützung in der Bewältigung von Krisen- und Stresssituationen.

Dabei werden Veränderungsprozesse innerhalb von Organisationen der öffentlichen Verwaltung vor dem Hintergrund nicht nur ihres gesellschaftlichen Auftrages, sondern auch aus dem Blickwinkel professioneller TrainerInnen, Coaches und SupervisorInnen, die die MitarbeiterInnen der Behörde begleitet haben, beschrieben: Gerahmt von Erfahrungsberichten aller Projektbeteiligten wird u.a. anhand der Schulungscurricula auf die gewagte Kooperation der verschiedenen AkteurInnen zurückgeblickt, werden die Fortbildungsinhalte und –übungen veranschaulicht und Themenkomplexe diskutiert, die während der Trainings und Supervisionen besondere Brisanz erlangten. Dem Dilemma der Glaubhaftigkeitsbeurteilung wird dabei ebenso Raum gegeben wie z.B. der Bedeutung professioneller Distanz und emotionalen Involviertseins in Anbetracht der Schicksale von Opfern schwerer Menschenrechtsverletzungen.

11. BUNDESFACHTAGUNG DER BAFF 2014

Die BAFF-Tagung wird in diesem Jahr in Kooperation mit dem PSZ Düsseldorf organisiert. Sie findet vom 16. bis 18. Oktober 2014 unter dem Titel "Flüchtlingsarbeit im Täterland – Auf den Spuren der NS-Vergangenheit" in Düsseldorf statt. In Vorträgen und Workshops werden wir uns mit Themen auseinandersetzen, die unsere gewalttätige Vergangenheit in Deutschland für die Flüchtlingsarbeit bedeutet. In der Auseinandersetzung mit der Geschichte wie in unserer Arbeit begegnen wir denselben Themen: Täter, Opfer, Vertreibung, Flucht, Exil, Krieg, Rassismus, Diktatur, Genozid, Schuld, Strafe, Sühne, etc.

Wir werden diskutieren, wie die deutsche Geschichte die Flüchtlingsarbeit heute beeinflusst – in den Strukturen und in der Beziehungsgestaltung. Wenn wir einer kollektiven Prägung nicht entrinnen können, welche Möglichkeiten gibt es, sie angemessen zu reflektieren? Wie verändert sich die Sicht auf die deutsche Vergangenheit in der Einwanderungsgesellschaft? Aus diesem komplexen Geflecht der Vergangenheitspolitik greifen wir einige Themen heraus, um eine Auseinandersetzung darüber anzustoßen.

12. EUROPÄISCHE VERNETZUNG UND AUSTAUSCH

Der Druck auf die Länder an Europas Außengrenzen steigt mehr und mehr an. Die politische Reaktion darauf beschränkt sich auf eine Ausweitung der finanziellen und technologischen Ressourcen für den Grenzschutz - beim Schutz der Geflüchteten selbst hingegen erhalten v.a. die süd- und osteuropäische Staaten keine ausreichende Unterstützung. An der Dublin-Verordnung wird hartnäckig festgehalten, vom Anspruch auf europäische Solidarität sind wir bislang weit entfernt.

Vor diesem Hintergrund hat sich der Austausch mit den im European Network of rehabilitation Centers for torture survivors 2014 intensiviert. Die BAFF hat noch immer den Vorsitz im Vorstand des European Network und steht mit den AkteurInnen insbesondere in Polen, in Rumänien, den Niederlanden und in Großbritannien in sehr engem Kontakt.

Im Mai dieses Jahres begann eine engere Zusammenarbeit mit Zentren in Polen und Tschechien. Dazu fand Anfang 2014 ein Treffen in Berlin mit einem Kollegen aus Tschechien statt, der von der dortigen Situation berichtete und mit welchem die weitere Zusammenarbeit besprochen wurde.

Außerdem begannen auch die ersten Vorbereitungen für ein Treffen von verschiedenen Zentren aus Europa im November 2014 in Polen. Organisiert in Kooperation mit der Fundacja Miedzynarodowa Inicjatywa Humanitarna in Warschau werden wir uns auf diesem Treffen zu transnationalen Strategien der Verbesserung der Situation von Geflüchteten austauschen. Es sind Inputs von KlinikerInnen und JuristInnen aus Polen geplant, die über die Lebenssituation Geflüchteter, v.a. auch über diejenigen, die nach der Dublin-Verordnung aus Deutschland zurückgeschoben wurden, berichten werden. Auf diese Weise können auch Kontakte für eine cross-border Versorgung der betroffenen KlientInnen ausgebaut werden. Darüber hinaus sind Vorträge zum Thema „burden-sharing“ geplant, eine gemeinsame Veranstaltung zur Schulung der polnischen „border guards“, sowie Workshops, Schulungen und Diskussionsforen für den Austausch mit PsychologInnen aus der Ukraine.

In der Planung befindet sich außerdem bereits jetzt die Vorbereitung des European Network Meeting 2015: Es wird nächstes Jahr in Deutschland in Kooperation mit Refugio München stattfinden und mit der jährlichen BAFF-Tagung verbunden.

13. SICHERUNG DER BAFF ALS DACHVERBAND

Die BAFF-Koordinationsstelle finanziert sich neben den Mitgliedsbeiträgen der Zentren und Einzelförderern, privaten Spenden und ehrenamtlichem Engagement durch unterschiedliche Fördergelder:

Wichtigste Förderer der BAFF waren 2014 der Europäische Flüchtlingsfonds (EFF), der die BAFF im Zusammenhang mit drei Projekten finanziell unterstützte („Daten für Taten“, Januar bis Dezember 2014; „Qualitätsentwicklung und Belastungsvorsorge – vertiefte Qualifizierung und Supervision für Entscheidungsträger im Asylprozess“, Juli 2013 bis Juli 2014; „Nachhaltige Verbesserung der Aufnahmebedingungen für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge“, April 2012 bis März 2015) sowie die EU-Kommission (Pilot Project on Victims of Torture; „Train to Care“, Mai 2014 bis November 2015).

Weitere wichtige Förderer, insbesondere auch zur Ko-Finanzierung dieser EU-geförderten Projekte, sind die UNO-Flüchtlingshilfe, amnesty international, die Wohlfahrtsverbände Caritas, Diakonie und der Paritätische Wohlfahrtsverband, Pro Asyl, Aktion Mensch, medico international und die Bundespsychotherapeutenkammer.

14. KOMMUNIKATIONS- UND INFORMATIONSMANAGEMENT: HOMEPAGES, WEB 2.0, PRESSEARBEIT

Die im letzten Jahr neu konzipierte und designte Homepage der BAFF ist aufrufbar unter www.baff-zentren.org. Sie bietet die Möglichkeit, Informationen über die Mitgliedszentren, zentrale Themen der BAFF zu Trauma und der Versorgung von traumatisierten Flüchtlingen zu erhalten. Zum stetig aktualisierten Inhalt gehören ebenfalls Projektergebnisse, Ankündigung von Terminen, Stellenausschreibungen sowie aktuelle Entwicklungen in der Flüchtlings-, Gesundheits- und Sozialpolitik.

Neben der Internetseite der BAFF werden auch soziale Netzwerke wie beispielsweise das BAFF-facebook-Profil (www.facebook.com/baff.deutschland) genutzt, um Interessierte auf vielfältige Weise zu informieren.

Auch unser Blog zum Filmprojekt wird mit aktuellen Beiträgen und Fotos aus dem Projekt gepflegt. Er ist unter <http://unsichtbaregrenzen.wordpress.com> zu finden. Er informiert über Aktivitäten, den Hintergrund und aktuellen Stand des Projekts.

15. PUBLIKATIONEN

Baron, J., Drehsen, T., Tahirovic, A., Siami, H., Mohammed, L., Cordes, T. (2014). „Traumatisiert. Ausgegrenzt. Unterversorgt. Versorgungsbericht zur Situation von Flüchtlingen in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.“

Baron, J., Steinhäuser, T., Barth, H. & Auckenthaler, A. (2014). Überall `Nein`. Ein Alptraum. Erfahrungen von Flüchtlingen und Asylsuchenden mit der psychosozialen Versorgung in Deutschland. *Verhaltenstherapie & psychosoziale Praxis*, 46(3), 701-718.

Bittenbinder, E., Schriefers, S., Baron, J. (in press). „Grenzbereiche der Supervision. Verwaltung in Bewegung“. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Bundesweite Arbeitsgemeinschaft der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer e.V. (BAFF) & Paritätischer Landesverband Schleswig Holstein (2014). „Defizite in der Versorgung traumatisierter Flüchtlinge – Versäumnisse in den staatlichen Verpflichtungen?“. Tagungsdokumentation zur Bundesfachtagung 2013.

Bundesweite Arbeitsgemeinschaft der psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer (2014). „(Un-) Sichtbare Grenzen- In Szene gesetzt!“ – 6 Kurzfilme von und mit jungen Flüchtlingen. DVD und Bonusmaterial zum Filmprojekt.

16. ÜBERBLICK: AUSGEWÄHLTE ARBEITSTREFFEN UND TERMINE

AKTIVITÄTEN ZUR LOBBYARBEIT/ ADVOCACY			
Monat	Termin/ Ort	Aktivität/Ereignis	Titel/Thema
Januar	30.01.2014 in Berlin	SPD AG - Gesprächskreis Menschenrechte	Positionspapier zur medizinischen Versorgung von Flüchtlingen
	30.01.2014 in Berlin	Netzwerk Gesundheit & Menschenrechte	Aufbau einer Koordinierungsstelle mit ÄrztInnen und PsychologInnen in Kliniken und in Freier Praxis
Februar	11.02.2014 in Berlin	Arbeitsgespräch mit dem Paritätischen Wohlfahrtsverband	Finanzierung und Aktivitäten der BAfF, Kooperationsmöglichkeiten
	26.02.2014 in Berlin	Gespräch mit Dr. Ingrid Munk, Chefärztin Dr. Sabine Schütze, Oberärztin, Kathrin Korberg, Dipl.-Psych. Klinik für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik am Vivantes Klinikum Neukölln	Wo gibt es Probleme in der Vermittlung, wie könnte eine bessere Vernetzung aussehen?
April	09.04.2014 in Berlin	Forum Menschenrechte Termin im Innenausschuss	
	09.04.2014 in Berlin	Netzwerk Gesundheit & Menschenrechte	Aufbau einer Koordinierungsstelle mit ÄrztInnen und PsychologInnen in Kliniken und in Freier Praxis
	17.04.2014 in Berlin	Gespräch mit Leiterin Integrationsministerium Rheinland Pfalz, Fr. Weiß	Sicherstellung von Versorgung, Rolle der spezialisierten Zentren und die Verlinkung mit der Regelversorgung
	28.04.2014 in Berlin	Gespräch mit VertreterInnen verschiedener Abteilungen des Landesamtes für Gesundheit und Soziales	Regelungen für die Beurteilung von Psychotherapieanträgen
Mai	07.05.2014 in Berlin	Plenum Forum Menschenrechte	
	21.05.2014, Berlin	Empfang des neuen Vorsitzenden des Menschenrechtsausschusses im Hessischen Landtag	Sicherstellung von Versorgung, Rolle der spezialisierten Zentren
Juni	05.06.2014 in Berlin	Gespräch mit C. Strässer (Menschenrechtsbeauftragter der Bundesregierung)	Finanzierung und Aktivitäten der BAfF, Kooperationsmöglichkeiten, Versorgung von Flüchtlinge, ExpertInnenhearing

Tätigkeitsbericht des Vorstandes für das Jahr 2014

	27.06.2014, in Berlin	Arbeitstreffen mit Vorstandsmitglied von Amnesty International	Finanzierung der BAfF, Kooperationsmöglichkeiten
Juli	03.07.2014, Berlin	SPD AG - Gesprächskreis Menschenrechte	
August	07.08.2014	Telefonkonferenz mit VertreterInnen von Amnesty International	Finanzierung der BAfF, Kooperationsmöglichkeiten
	22.08.2014, in Berlin	Arbeitstreffen mit Menschenrechtsbeauftragten der Bundesärztekammer	Sicherstellung von Versorgung, Rolle der spezialisierten Zentren
Oktober	01.10.2014, in Hannover	Plenum Forum Menschenrechte	

NATIONALER ERFAHRUNGSUSTAUSCH, VERNETZUNG, FORTLAUFENDE UND NEUE KOOPERATIONEN			
„TRAIN TO CARE“ - ABBAU STRUKTURELLER DISKRIMINIERUNG IN OSTDEUTSCHLAND UND OSTEUROPA			
Monat	Termin/Ort	Aktivität/Ereignis	Titel/Thema
Mai	22.5.2014, Berlin	Kick-Off-Meeting	
Juli	17.7.2014	Telefonkonferenz	
September	18.9.2014, Berlin	Partnertreffen	
DIALOG MIT DEM BUNDESAMT FÜR MIGRATION UND FLÜCHTLINGE (BAMF)			
Monat	Termin/Ort	Aktivität/Ereignis	Titel/Thema
März	11.03.2014	Abschlusscolloquium	Projekt "Qualitätssicherung und Belastungsvorsorge von Entscheidungsträgern im Asylprozess"
April	15.04.2014	Arbeitsgespräch mit Vertreterin der DGSv	Planung der Publikation: „Grenzbereiche der Supervision“
„DATEN FÜR TATEN“ – INDIKATOREN FÜR INKLUSION“			
Februar	10.02.2014, Berlin	Kick-off-Treffen der Projektpartner "Daten für Taten"	

Tätigkeitsbericht des Vorstandes für das Jahr 2014

März	19.03.2014	Telefonkonferenz	
Mai	26.05.2014, Berlin	Partnertreffen	
September	16.09.2014	Telefonkonferenz	
FILMPROJEKT "(UN)SICHTBARE GRENZEN - IN SZENE GESETZT!"			
Monat	Termin/Ort	Aktivität/Ereignis	Titel/Thema
Januar	9.01.204	Abschluss-Screening Filmprojekt 1. Staffel	
	11.01.2014	Workshop IV Filmprojekt 2. Staffel	
	16.01.2014	Konzeptgruppentreffen Filmprojekt	
	22.01.2014	Arbeitstreffen mit Producer, Filmprojekt; Planung (Vor-)Premiere und Festivalstrategie	
Februar	4.02.2014	Arbeitstreffen zur Planung des Making Ofs/ Interviews DVD Bonusmaterial	
	11.02.2014	Stammtisch Filmprojekt, 2. Staffel	
	25.02.2014	Arbeitstreffen zur Planung des Making Ofs/ Interviews DVD Bonusmaterial	
März	20.03.2014	Konzeptgruppentreffen Filmprojekt	
April	3.-5.04.2014	Dreharbeiten zum Making of/ ExpertInneninterviews	
Juni	03.06.2014	Konzeptgruppentreffen Filmprojekt	
	10.06.2014	Vorbereitungstreffen Premiere	
	20.06.2014	Premiere im Kino am Potsdamer Platz, Berlin	
Juli	15.07.2014	Konzeptgruppentreffen Filmprojekt	

Tätigkeitsbericht des Vorstandes für das Jahr 2014

September	04.09.2014	Konzeptgruppentreffen Filmprojekt	
	10.09.2014, Berlin	Arbeitstreffen mit Regisseur und Theaterpädagogen	
	27.09.2014, Berlin	Filmvorführung in Berlin Neukölln	
BAfF ARBEITSGRUPPEN			
März	25.03.2014, Frankfurt am Main	Arbeitstreffen AG Qualitätsmanagement	Aufnahmepraxis, Wartelistenmanagement
Mai	27.05.2014, Berlin	Arbeitstreffen AG Richtlinien und Konventionen	Bestandserhebung der Pilotprojekte zu Feststellungsverfahren; Entwurf Positionspapier
September	09.09.2014	Telefonkonferenz AG Richtlinien und Konventionen	Abstimmung Positionspapier, Veranstaltungsplanung BAfF-Tagung
Oktober	17.10.2014, Berlin	Arbeitstreffen AG Qualitätsmanagement	QEP Standards, Geschäftsführungsmodelle
REFLEXIONS- UND VERNETZUNGSGESPRÄCHE			
Monat	Termin/Ort	Aktivität/Ereignis	Titel/Thema
Januar	14.01.2014, Berlin	Arbeitstreffen mit EvaluatorInnen zur wissenschaftlichen Begleitung der Datenerhebung	Planung der Reflexions- und Vernetzungsgespräche und der AG QM
Februar	15.- 17.02.2014 in Temmen- Ringenwalde	Klausurtagung Vorstand und Geschäftsstelle	Projektevaluation und Planung von Projekten
	20.02.2014, Berlin	Arbeitstreffen mit MitarbeiterInnen von XENION	Entwicklung einer Musterverfahrensvorschrift
	26.02.2014, Berlin	Arbeitstreffen mit EvaluatorInnen zur wissenschaftlichen Begleitung der Datenerhebung	Planung der Reflexions- und Vernetzungsgespräche und der AG QM
März	17.03.2014, Bochum	Reflexions- und Vernetzungsbesuch, MFH Bochum	Aufnahmeprozess, Kapazitätsprobleme, Vermittlung in die Regelversorgung, Abrechnungspraxis. Kommunikation mit Leistungs- und Entscheidungsträgern, Zusammenarbeit mit der Baff
März	18.03.2014, Düsseldorf	Reflexions- und Vernetzungsbesuch, PSZ	Aufnahmeprozess, Kapazitätsprobleme, Vermittlung in die Regelversorgung, Abrechnungspraxis.

Tätigkeitsbericht des Vorstandes für das Jahr 2014

		Düsseldorf	Kommunikation mit Leistungs- und Entscheidungsträgern, Zusammenarbeit mit der Baff; Planung der BAfF-Tagung 2014
Juli	02.07.2014, Berlin	Arbeitsgespräch mit Kooperation für Flüchtlinge Brandenburg als Mitgliedsinteressenten der BAfF	
August	13.08.2014, Berlin	Arbeitsgespräch mit IBIS e.V. als Mitgliedsinteressenten der BAfF	

BAfF-VERANSTALTUNGEN

Monat	Termin/Ort	Aktivität/Ereignis	Titel/Thema
Oktober	16.-18.10. 2014, Düsseldorf	BAfF-Tagung 2013	"Flüchtlingsarbeit im Täterland"
November	16.10.2014, Düsseldorf	18. Ordentliche Mitgliederversammlung der Bundesweiten Arbeitsgemeinschaft der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer e.V.	

INTERNATIONALER ERFAHRUNGSUSTAUSCH, VERNETZUNG, FORTLAUFENDE KOOPERATION, ARBEITSTREFFEN

Monat	Termin/Ort	Aktivität/Ereignis	Titel/Thema
	10.4.2014, Berlin	Arbeitstreffen mit Vertreter der Organizace pro Pomoc Uprchlíkù aus Prag	Versorgungssituation in Tschechien
	6.10.2014	Telefonkonferenz zu Vorbereitung des Treffens in Warschau	

VORTRÄGE, , WORKSHOPS, FORT- UND WEITERBILDUNGEN, PODIUMSDISKUSSIONEN

Monat	Termin/Ort	Aktivität/Ereignis	Titel/Thema
Januar	14.01.2014, Berlin	Schulung für Eherenamtliche bei AKINDA	Umgang mit Traumatisierung bei Kindern und Jugendlichen

Tätigkeitsbericht des Vorstandes für das Jahr 2014

	16.01.2014, Berlin	Podiumsdiskussion im Offenen Kanal	Situation von Flüchtlingen in Berlin, Vorstellung des Filmprojekts
Februar	06.02.2014 in Berlin	Tagung „Besondere Schutzbedürftigkeit von Asylsuchenden feststellen“	Teilnahme am Panel „Konsequenzen der Feststellung besonderer Schutzbedürftigkeit für die soziale und gesundheitliche Versorgung sowie für die Durchführung des Asylverfahrens“
März	11.03.2014, Hofgeismar	Workshop auf der Frühjahrstagung des BUMF	"Stabilisierung, Normalisierung, Psychoedukation: Methoden für die Arbeit mit psychisch belasteten Jugendlichen"
	14.03.2014, Berlin	Vortrag auf dem Kongress "Armut und Gesundheit"	" 'Überall Nein. Ein Alptraum' - Defizite in der Versorgung von Flüchtlingen in Deutschland."
	25.03.2014	Vortrag Fachtagung der Caritas Caritas-Migrationsfachtagung Nord/Ost 2014	Migration und Krankheit: Wie kann ich mich schützen und meine Motivation zur Hilfeleistung erhalten
	28.03.2014, Berlin	Posterpräsentation auf der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für verhaltenstherapie (DGVT), Posterpreis 2014	" 'Ich nehme meine Tabletten und ich bete und ich gehe schlafen.' - Erfahrungen von Flüchtlingen und Asylsuchenden mit psychosozialer Versorgung in Deutschland"
	28.03.2014, Stuttgart	Vortrag auf der Jahrestagung Asyl des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes	Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen in Deutschland, Beratungsansätze in der Arbeit mit Flüchtlingen
April	29.04.2014, Berlin	Schulung für Eherenamtliche bei AKINDA	Umgang mit Traumatisierung bei Kindern und Jugendlichen
Mai	21.05.2014, Jena	Podiumsdiskussion „Traumatisiert. Ausgegrenzt. Unterversorgt.“	Vorstellung des Versorgungsberichts, Teilnahme an Podiumsdiskussion
Juni	12.06.2014, Berlin	Vortrag an der Charité	"Zugang zu medizinischen/psychotherapeutischen/Psychosozialen Leistungen für Opfer von Folter und Menschenrechtsverletzungen, die als Flüchtlinge nach Deutschland kommen"
Oktober	6.- 7.10.2014, Berlin	Tagung „German Policy in the UN Human Rights Council“	Protection of Human Rights is indispensable
	11.- 12.10.2014, Berlin	Humanitarian Congress, Ärzte der Welt	Panelteilnahme: „Protection: A Broken Promise“
ausgewählte Tagungsbesuche:			
	13.02.2014, Berlin	Regionaltagung EU-zuständige Behörde, AMIF	Informationsveranstaltung AMIF, Vernetzung

Tätigkeitsbericht des Vorstandes für das Jahr 2014

	14.05.2014, Berlin	Bundesversammlung AMIF Projekträger	Informationsveranstaltung AMIF, Vernetzung
	30.6.- 1.7.2014, Berlin	UNHCR Symposium zum Flüchtlingsschutz	
	26.09.2014, Berlin	Tagung Medico International	"Soziale und gesellschaftliche Bedingungen von Gesundheit im Wandel"

17. LOBBY- UND REPRÄSENTATIONSARBEIT:

Mit Bundesministerien/PolitikerInnen/Ämtern

- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
- Bundesamt für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- Ausschuss für Gesundheit der Bundesregierung
- Patientenbeauftragter der Bundesregierung, Wolfgang Zöller
- Mitglieder des Deutschen Bundestages (CDU, SPD, Bündnis90/Die Grünen, Die Linke)
- Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit
- Integrationsbeauftragte für Berlin, Monika Lücke
- Senator für Gesundheit und Soziales, Mario Czaja
- Herta Däubler Gmelin
- Menschenrechtsbeauftragter der Bundesregierung
- Menschenrechtsbeauftragter der Bundesärztekammer
- Vorsitzender des Menschenrechtsausschusses

Mit der Fachöffentlichkeit

- Ärzte der Welt
- AG Menschenrechte und Humanitäre Hilfe
- amnesty international Deutschland
- AWO
- Bundespsychotherapeutenkammer
- Bundesstelle zur Verhütung von Folter (Klaus Lange Lehngut)
- Caritas
- Deutschsprachige Gesellschaft für Psychotraumatologie (DeGPT)

Tätigkeitsbericht des Vorstandes für das Jahr 2014

- Deutsches Institut für Menschenrechte
- Diakonisches Werk Deutschland
- Deutsches Rotes Kreuz (DRK)
- Dachverband der transkulturellen Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik im deutschsprachigen Raum (DTPPP)
- Forum Menschenrechte
- Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW)
- Katholische Arbeitsgemeinschaft Migration
- medico international
- Paritätischer Wohlfahrtsverband
- Pro Asyl
- Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte
- UNHCR

Für den Vorstand:

Elise Bittenbinder

(Vorsitzende der BÄfF)